

Aus dem **Regierungsprogramm der SPD 2011 – 2015:**  
(Beschluss des Landesparteitags vom 26. Februar 2011)

## **Miteinander! Vielfalt und Zusammenhalt gemeinsam gestalten**

Abschnitt: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; Klima- und Umweltpolitik

**Auszug** zum Thema „Lärmschutz“, Seite 19ff.

...

„Bremen ist Logistikstandort. Aber die Akzeptanz für einen weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hängt entscheidend von einer effektiven Lärmreduzierung ab. Wir stehen zur Fortführung und Weiterentwicklung von Lärmschutzmaßnahmen im Straßen-, Bahn- und Flugverkehr zum Schutz der Gesundheit und für die Lebens- und Wohnqualität der beiden Städte. Im Luftverkehr ist mit uns eine Erhöhung des Nachtfluglärms nicht machbar.

Das wachsende Verkehrsaufkommen durch die zunehmende Bedeutung der Nordseehäfen soll aus unserer Sicht von der weiteren Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene begleitet werden. Deshalb sehen wir einen Schwerpunkt für effektiveren Lärmschutz an den Bahnstrecken, besonders an bestehenden Strecken, in Bremen und Bremerhaven. Eine effektive und nachhaltige Verbesserung des Lärmschutzes erfordert ein zielgerichtetes, vernetztes und gut koordiniertes Vorgehen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sowie in direkten Verhandlungen mit der Deutschen Bahn.

Die kooperative Beteiligung aller Akteure, insbesondere die frühzeitige Beteiligung der Betroffenen, halten wir beim Lärmschutz für unverzichtbar. Wir fordern einen Lärmaktionsplan 2012, mit dem der Bahnlärm auch in Bremen und Bremerhaven im kommenden Jahrzehnt in konkret abrufbaren Schritten halbiert werden kann.

Auf Bundesebene sollen die für den Lärmschutz verfügbaren Haushaltsmittel für die Regelsanierung erhöht werden. Die Pilotprojekte für Lärmschutz im Konjunkturprogramm II sollen fortgesetzt und auch die bremischen Bahnstrecken dabei berücksichtigt werden. Ebenso ist Bremen an Modellprojekten für die von der EU-Kommission empfohlene Lärmkontingentierung zu beteiligen. Das Immissionsschutzgesetz muss zeitgemäß reformiert werden; u.a. muss der Erschütterungsschutz berücksichtigt werden und die Lärmsanierungswerte sind deutlich abzusenken. Eine konsequente Umrüstung veralteter Güterwagen auf lärmarme Bremstechnik muss sofort beginnen. Dazu sind lärmabhängige Trassenpreise als ökonomischen Anreiz für den Einsatz lärmarmen Fahrzeuge unverzüglich einzuführen. Darüber hinaus ist eine Rechtsgrundlage für qualifizierte Geschwindigkeitsbeschränkungen für laute Züge zu schaffen.

Im direkten Dialog mit der Bahn und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung werden wir auf die beschleunigte Errichtung weiterer Lärmschutzwände und andere Lärmschutzmaßnahmen, die Sanierung von bremischen Eisenbahnbrücken und eine verstärkte regelmäßige Gleissanierung hinwirken. Langfristig fordern wir von der Bahn konkrete Alternativen, um den Güterverkehr außerhalb von Wohngebieten zu führen und den Bremer Hauptbahnhof zu entlasten. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie für Güterumgebungsbahnen ist sofort in Angriff zu nehmen.“ ...